

# ***Stellungnahme der Schulen UniverSaale und SteinMalEins des QuerWege e.V.***

zur Novelle des Thüringer Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft und zur Verbindlichkeit der Thüringer Schulordnungen

## **Worum es uns geht**

Wir begrüßen planbare Finanzierung (höhere Schülerkostenjahresbeträge, Anerkennung von Verwaltungskosten). Gleichzeitig lehnen wir eine weitergehende Verbindlichkeit und Detailbindung durch die Thüringer Schulordnungen für freie Schulen ab. Stabilere Rahmen – ja. Aber ohne Eingriffe, die unsere bewährte pädagogische Autonomie und die mit Eltern geschlossenen Verträge aushöhlen. Dass **mehr Schulautonomie** gesellschaftlich gewollt ist, unterstreicht der Abschlussbericht der zivilgesellschaftlichen Reforminitiative „Handlungsfähiger Staat“ ausdrücklich: „**Schulen erhalten mehr Selbstbestimmung.**“ [Hertie School](#)

## **Kurzfassung**

Wir lehnen eine weitergehende Verbindlichkeit und Konkretisierung der Thüringer Schulordnung (ThürSO) für freie Schulen ab. Eltern haben mit uns Beschulungsverträge geschlossen, die das bestehende Schulkonzept ausdrücklich einschließen. Tiefgreifende Änderungen – wie die im Mai dieses Jahres angekündigten Anpassungen u. a. zu Versetzungsregelungen, Benotungen und Kopfnoten – bedeuten einen substanziellen Eingriff in unsere konzeptionelle Autonomie, gefährden Vertrauen und Vertragsklarheit, erhöhen Verwaltungsaufwand und können die finanzielle Stabilität freier Schulen ohne Mehrwert für die Bildungsqualität beeinträchtigen.

### **1. Ausgangspunkt**

Freie Schulen sind staatlich anerkannte Bildungseinrichtungen mit eigener pädagogischer Prägung. Eltern entscheiden sich bewusst für dieses Profil – als gelingende, geeignete Alternative zum öffentlichen Schulsystem. Unser Schulkonzept ist in den Beschulungsverträgen transparent beschrieben und wird laufend gepflegt, in Zusammenarbeit mit Eltern weiterentwickelt und eigenständig evaluiert.

### **2. Vertragsklarheit und Vertrauensschutz**

**Elternvertrauen:** Mit der Unterzeichnung der Beschulungsverträge erwerben Eltern das Recht auf Beschulung nach dem beschriebenen, aktuell geltenden Schulkonzept.

**Eingriffswirkung:** Eine nachträgliche, umfassende Unterwerfung unter zusätzliche, detaillierte staatliche Regelungen (z. B. zu Versetzung, Benotung, Kopfnoten) verschiebt wesentliche Vertragsgrundlagen.

**Risiko eskalierender Konflikte:** Flächendeckende Pflichtänderungen erzeugen vermeidbare Rechtsunsicherheit (z. B. Sonderkündigungsrechte, Rückabwicklungs- oder Anpassungsbegehren) – ohne erkennbaren pädagogischen Zugewinn.

### **3. Pädagogische Autonomie als Qualitätsfaktor**

Standort- und Konzeptpassung: Schulentwicklung gelingt dort am besten, wo Schulen die notwendige Autonomie besitzen, passgenaue Lösungen für ihren Standort, ihr Konzept, ihre Ressourcen und Herausforderungen zu entwickeln.

Eigenständige Qualitätssicherung: Wir arbeiten auf Basis anerkannter staatlicher Standards, evaluieren unsere Praxis fortlaufend selbst und passen sie evidenzbasiert an. Dieses bewährte Zusammenspiel von Rahmenvorgaben und konzeptioneller Freiheit ist Kern unseres Erfolgs.

### **4. Nachgewiesene Regelkonformität und Abschlusserfolge**

Erfüllung staatlicher Vorgaben: Wir erfüllen seit Jahren alle einschlägigen staatlichen Anforderungen zuverlässig.

Abschlüsse und Bildungswege: Unsere Schülerinnen und Schüler erreichen nachhaltig und erfolgreich die vorgesehenen staatlichen Abschlüsse – ein deutlicher Hinweis darauf, dass zusätzliche Detailsteuerung nicht erforderlich ist.

### **5. Innovations- und Wirkungsrisiken einer weitergehenden Staatsteuerung**

Innovationshemmnis: Eine Ausweitung staatlicher Detailkontrolle wirkt innovationsfeindlich. Sie reduziert die Fähigkeit, schnell und wirksam auf standortbezogene Herausforderungen zu reagieren.

Einheitslösungen statt Vielfalt: Einheitliche, stark formalisierte Vorgaben verdrängen erprobte alternative Wege, die gerade den Mehrwert freier Schulen ausmachen.

### **6. Bürokratie- und Stabilitätsfolgen**

Mehrbelastung für Familien: Zusätzliche staatliche Eingriffe bedeuten in der Praxis oft erhöhten Dokumentations- und Verwaltungsaufwand – auch auf Seiten der Eltern.

Finanzielle Instabilität: Durch mögliche Sonderkündigungsrechte und ungeplante Umstellungen entstehen erhebliche finanzielle Risiken für freie Schulträger, die nicht im öffentlichen Haushalt abgedeckt werden. Das gefährdet Angebotsvielfalt und Verlässlichkeit.

### **7. Konstruktiver Vorschlag: Kooperation statt Detailbindung**

Wir plädieren für ein kooperatives Entwicklungsmodell:

Rahmen statt Detail: Staatliche Vorgaben als klare, schlanke Mindeststandards; pädagogische Ausgestaltung durch die Schulen.

Dialogische Qualitätssicherung: Regelmäßige, ergebnisorientierte Dialogformate zwischen Aufsicht und freien Schulen – Fokus auf Wirkung statt Formalismus.

Transparenz gegenüber Eltern: Fortführung hoher Transparenzstandards über Ziele, Verfahren und Ergebnisse; Stärkung informierter Elternentscheidungen.

## 8. Schlussfolgerung

Die geplante Ausweitung der Verbindlichkeit der Thüringer Schulordnung auf freie Schulen schwächt bewährte pädagogische Autonomie, erzeugt vermeidbare Rechts- und Finanzrisiken und droht, Innovation zu bremsen. Sie ist in dieser Form nicht erforderlich. Wir sprechen uns daher für einen Ansatz aus, der Vielfalt, Verantwortung und Wirksamkeit stärkt: klare staatliche Rahmen, echte Schulautonomie, kooperative Qualitätssicherung – im Interesse der Kinder, der Eltern und der Bildungslandschaft in Thüringen

### Was wir ausdrücklich begrüßen

- **Mehr Planungssicherheit** durch höhere Finanzhilfen.
- **Anerkennung von Steuerungsaufwand** (bis 5 % Verwaltung) – stärkt professionelle Schulorganisation.
- **Weniger Routinebürokratie** durch stichprobenbasierte Nachweise – mehr Zeit für Lernen und Entwicklung und Qualitätsentwicklung.
- **Externe Qualitätsspiegel** durch Evaluation – wenn sie als Feedback statt als Ranking genutzt werden.

### Wo wir Risiken sehen

- **Eingriffe in Autonomie** durch weitergehende ThürSO-Verbindlichkeit.
- **Mehr Compliance-Pflichten** (z. B. Meldewesen) – sinnvoll, aber verhältnismäßig und digital auszugestalten.
- **Unklare Detailregelungen** auf Verordnungsebene (kurzfristige Mehrlasten).
- **Ressourcenbindung** ohne Gegenfinanzierung – besonders für kleinere Standorte.

### Overhead realistisch regeln – solidarisches Schulgeld ist kein Lückenfüller

Wir begrüßen, dass der Entwurf **Overheadkosten** ausdrücklich anerkennt. Nach dem Wortlaut gelten **Ausgaben für Geschäftsführung, Verwaltungsaufwendungen und Büromaterial** „bis zu einer Höhe von **fünf vom Hundert des Umfangs der Finanzhilfe**“ als **Ausgaben für den Schulbetrieb**. Zugleich wird der **Verwendungsnachweis** auf ein **Stichprobenverfahren** umgestellt (Frist **31.08.** des Folgejahres; Ausgestaltung per **Rechtsverordnung**). Das stärkt die Praktikabilität.

Für professionell organisierte Träger mit mehreren Standorten, IT-Sicherheits-/DSGVO-Pflichten, HR/Payroll, Controlling, Qualitätsmanagement und Compliance liegt der **reale Verwaltungsaufwand** jedoch regelmäßig **nahe 10 %** der Finanzhilfe. Die pauschale **5 %-Kappung** erzeugt daher eine **strukturelle Lücke**:

**Wichtig:** Wir lehnen ausdrücklich ab, diese Lücke über **Schulgeld** zu schließen. Wir praktizieren ein **solidarisches, einkommensabhängiges Schulgeld** – weil **soziale Offenheit** Kern unseres Auftrags ist. **Zu argumentieren, dass sich die Lücke über Schulgeld regeln lässt, fördert den Gedanken der Eliteschule** und schließt Familien in finanziell angespannten Situationen faktisch aus. **Wir lehnen es kategorisch ab, zu einer Schule der Besserverdienenden zu werden – auf Basis einer nicht auskömmlichen Finanzierung durch das Land.** Unser **einkommensabhängiges Schulgeld** schützt vor **sozialer Sonderung** (Art. 7 Abs. 4 GG). Die **Wissenschaftlichen Dienste** halten fest: **Kostendeckende Schulgelder** sind mit dem Sonderungsverbot praktisch **unvereinbar**; **Stipendien allein reichen nicht**. Empirisch sind **sozial benachteiligte Kinder an Privatschulen unterrepräsentiert** – Schulgeld ist ein Faktor. **Lücken über Elternbeiträge** zu schließen, widerspräche Verfassung und Bildungszielen.

[Quellenverweis](#)

#### **Unsere Bitte an Gesetz- und Verordnungsgeber (präzise, ohne Systembruch):**

1. **Klarstellen**, dass sich die 5 % auf die **jährliche Finanzhilfe** beziehen, mit **trägerweiter Bemessung** (statt je Einzelschule), um zentrale Funktionen effizient und prüfsicher abzubilden. (Nachweis: **Stichprobe**/Sammelnachweise gem. Entwurf.)
2. **Abgrenzungskatalog** in der **Rechtsverordnung**: overheadfähige Kosten explizit benennen (u. a. **GF, Finanzbuchhaltung/Controlling, Lohnbuchhaltung, Personalmanagement, IT-Grundbetrieb inkl. Informationssicherheit/DSGVO, Qualitätsmanagement/Compliance, Versicherungen, Öffentlichkeitsarbeit, zentrale Haustechnik**).
3. **Quote anheben** auf **8–10 %** oder **zweistufige Lösung: 5 % Grundquote + Zuschläge** (je **1–2 %**) für nachweisbare Mehranforderungen (Mehrstandorte, IT/DSGVO-Aufwuchs, QM/Evaluation), **Deckel 10 %**.
4. **Übergangsregeln**: keine Systembrüche **mitten im Schuljahr**; klare Fristen und Vorlagen im VO-Verfahren (Stichtag **31.08.** für Nachweise übernehmen).

#### **Ein Gerechtigkeitsproblem, das adressiert werden muss**

In Klassenstufe 5–10 tragen **Gemeinschafts- und Gesamtschulen** – und integrierte Konzepte wie die unseren – **überdurchschnittliche Heterogenität** (unterschiedliche Lernstände, Sprachförderbedarfe, Inklusion, multiprofessionelle Arbeit). Die heutige Logik ordnet SEK I an integrierten Schulformen jedoch überwiegend den **Regelschul-Sätzen** zu. **Diese Nicht-Anerkennung der pädagogischen Mehrarbeit ist sachlich nicht gerecht.**

Zugleich zeigen Bund und Länder mit dem **Startchancen-Programm**, dass **indexbasierte, bedarfsorientierte Ressourcenzuteilung** möglich und politisch gewollt ist (Auswahl der Schulen nach wissenschaftsgeleiteten Kriterien; „geeignete und transparente Kriterien“ legt jeweils das Land fest). [KMK+1](#)

## Unser Vorschlag ohne Systembruch: Zuschlag + klare Kriterien

Wir schlagen einen **schlanken Zuschlag (5–8 %)** auf den Regelschul-Satz in SEK I **für integrierte Schulformen mit hoher Heterogenität** vor – **per Verordnung** regelbar, **datenbasiert** und **auditierbar**. Die Kriterien können an etablierte Indizes anlehnen:

- **Sozialindex/Belastungsprofil** der Schule (staatlich bewährt, z. B. Hamburgs Index Skala 1–6). [IfBQ](#)
- **Landesspezifischer Startchancen-Index** bzw. Indikatorenmix (die Länder wählen „geeignete, wissenschaftsgeleitete Kriterien“). [KMK](#)
- **Beispiele für Indikatoren** (Länderpraxis): Anteil anspruchsberechtigter Familien/Transferbezug, Nicht-Deutsch-Familiensprache, Bildungsstand der Eltern, Migrations-/Zuzugsdynamik, Quartiersdaten – in Bayern sind fünf klar benannte Indikatoren vorgesehen. [schulentwicklung.isb.bayern.de](https://schulentwicklung.isb.bayern.de)

**Autonomie wahren:** Berlin zeigt, wie Mittel **gezielt** und **autonom** eingesetzt werden können: Bonus-Schulen entscheiden selbst über den besten Weg (z. B. Sozialarbeit, Elternarbeit, Projekte). [Berlin.de](#)

**Transparenz stärken:** NRW nutzt einen landesweiten **Schulsozialindex**, um Ressourcen **zielgenau** an hoch belastete Schulen zu verteilen. [Bildungsportal NRW](#)

## Warum mehr Schulautonomie (mit Rechenschaft) sinnvoll ist

Internationale Evidenz weist darauf hin, dass **klug kombinierte Autonomie und Rechenschaft** mit **besseren Lernergebnissen** einhergehen – „**wenn Autonomie und Accountability intelligent kombiniert werden**“. [OECD](#)

Gleichzeitig unterstreichen aktuelle Leistungsdaten (PISA 2022), dass Deutschland vor der Aufgabe steht, **wirksam** und **zielgenau** zu steuern – nicht über mehr Formalismus, sondern über **Wirkungsfokus**. [OECD](#)

## Was das für Eltern und Öffentlichkeit bedeutet

- **Verlässlichkeit:** Staatliche Mindeststandards und transparente Abschlüsse – **und** unser klares pädagogisches Profil.
- **Klarheit:** Verträge mit Eltern bleiben Grundlage; zwingende Änderungen werden **rechtssicher** und **verständlich** eingebettet.
- **Wirkung statt Formalismus:** Wo Pflichten entstehen, erwarten wir digitale, einfache Verfahren – damit Energie dort ankommt, wo sie wirkt: bei den Kindern.

## Fazit

Mehr **Finanzierungsfairness** (Zuschlag bei hoher Heterogenität), schlanke **Mindeststandards** statt Detailbindung, **kooperative Qualitätssicherung** – und im Sinne der Reforminitiative „**Schulen erhalten mehr Selbstbestimmung.**“ So verbinden wir verlässliche Rahmen mit der Freiheit, pädagogisch wirksam zu handeln. [Hertie School](#)

## Quellen (Auswahl)

- **Initiative für einen handlungsfähigen Staat**, Abschlussbericht (14.07.2025) – „Schulen erhalten mehr Selbstbestimmung.“ [Hertie School](#)
- **KMK** – Einigung zum **Startchancen-Programm** (02.02.2024): Auswahl der Schulen nach geeigneten, wissenschaftsgeleiteten Kriterien (Indexlogik). [KMK](#)
- **BMBF/Bund-Länder-Vereinbarung Startchancen**: Rahmen und Kriterienfestlegung der Länder. [bmbf.de](#)
- **Hamburg IfBQ – Sozialindex** (Skala 1–6) als Grundlage bedarfsorientierter Ressourcensteuerung. [IfBQ](#)
- **NRW Schulministerium – Schulsozialindex** zur zielgenauen Ressourcenverteilung. [Bildungsportal NRW](#)
- **Berlin SenBJF – Bonus-Programm**: zweckgerichtete Mittel, **autonom** durch die Schulen eingesetzt. [Berlin.de](#)
- **OECD – School Autonomy & Accountability**: „...when autonomy and accountability are intelligently combined, they tend to be associated with better student performance.“ [OECD](#)
- **OECD / PISA 2022 – Deutschland**: aktuelle Leistungsherausforderungen als Kontext für wirksame, zielgenaue Steuerung. [OECD](#)